

TEIL A - PLANZEICHNUNG -

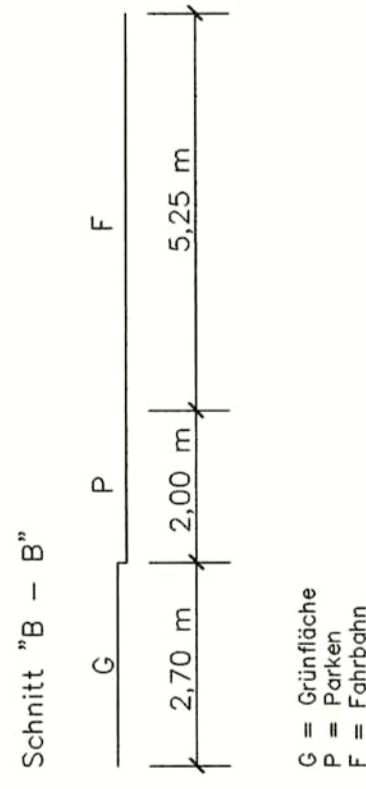
Es gilt die Baunutzungsverordnung (BaunVO) (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) in Anwendung der Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990

in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132)



M 1 : 1000

Straßenquerschnitt M 1:100



G = Grünfläche
P = Parken
F = Fairbahn

Zeichenerklärung

- PLANZEICHEN**
 - ERLÄUTERUNGEN**
 - RECHTSGRUNDLAGEN**
- ### I. Festsetzungen
- Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB
- Allgemeine Wohngebiete (gem. § 4 BauNVO) GR = 200 qm
- Grundfläche (z.B. 200 qm) 0,3
- Grundflächenzahl (GFZ) II
- Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (z.B. II) 0,6
- Bauweise, Boufformen, Boungrenzen nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- offene Bauweise O
- Baugrenze
- Mindestmaße für die Größe, Breite und Tiefe von Baugrundstücken
- Mindestgröße der Baugrundstücke
- Flächen für den Gemeinbedarf
- Kindertagesstätte
- Verkehrsf lächen
- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Straßenbegleitgrün
- Verkehrsmittelflächen besonderer Zweckbestimmung
- Flächen für das Parkieren von Fahrzeugen (Orientierte Parkflächen)
- Verkehrsbereich
- Wanderweg
- Öffentliche und private Grünflächen
- Spielfläche öffentlich
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Gemeinschaftsanlagen
- Müllstandplatz mit Angabe der Bestmätigkeit
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Flächen zum Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Anpflanzgebiet für Einzelbäume
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr.60, Teilbereich 2 der Stadt Reinbek
- Bestmaß in Metern (z.B. 3,00m) zu Festsetzungen nach
- ### II. Darstellung ohne Normcharakter
- vorhandene Flurstücksgrenzen
- künftig entfallende Flurstücksgrenzen
- in Aussicht genommene Flurstücksgrenzen
- Flurstücksbemerkung
- vorhandene bauliche Anlagen
- Gebäudebezeichnung (z.B. 16)
- Büschen

TEIL B – TEXT -

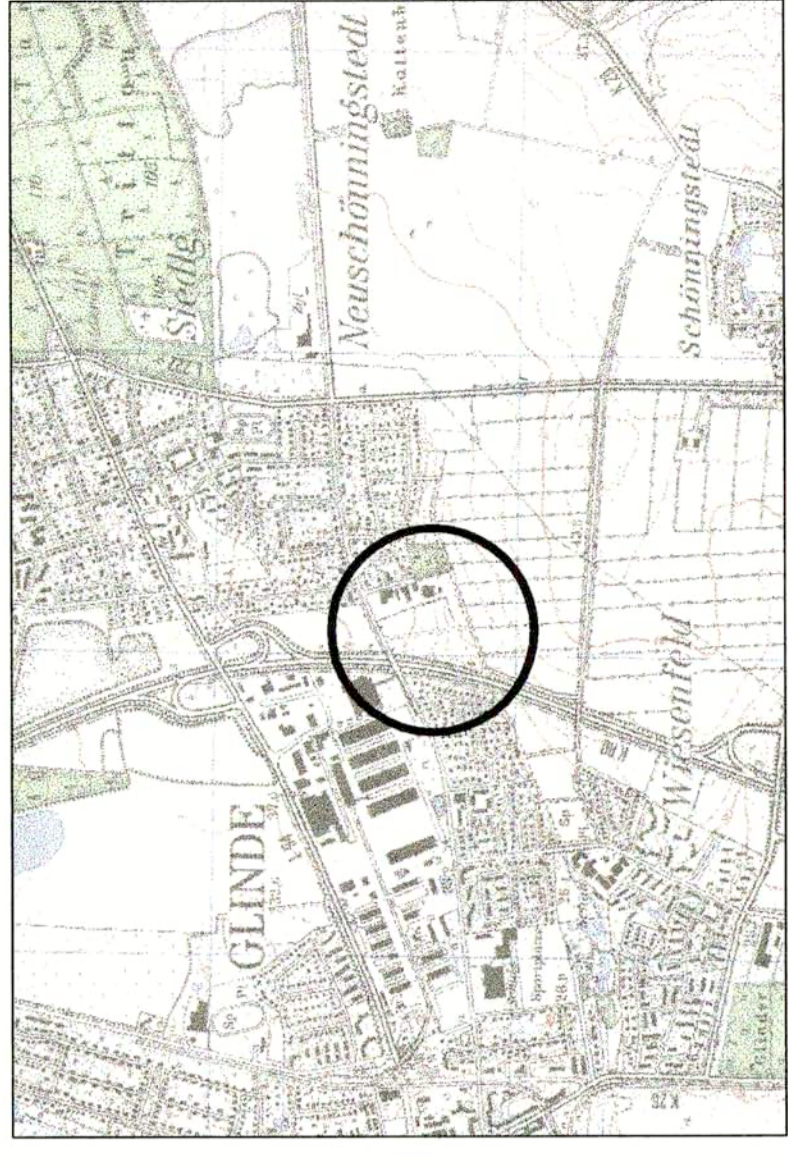
1. Die Art der baulichen Nutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 1.1 „Allgemeine Wohngebiete“ gem. § 4 BauNVO:
Innerhalb der „Allgemeinen Wohngebiete“ sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO die Ausnahmen nach Abs. 4 Nr. 4 (Gartenbaubetriebe) und Nr. 5 (Tankstellen) nicht zulässig.
2. Das Maß der baulichen Nutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 2.1 Die festgesetzte Grundfläche (GR) darf gemäß § 31 Abs. 1 BauGB für die Errichtung von „Wintergärten“ bis zu 10% überschritten werden
3. Die Bauweise, die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
- 3.2 Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstanzflächen zulässig sind, sind auch außerhalb der festgesetzten überbaubaren Flächen zulässig.
4. Die Mindestmaße für Größe, Breite und Tiefe der Baugrundstücke gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB
- 4.1 Innerhalb der gemäß § 4 BauNVO festgesetzten „Allgemeinen Wohngebiete“ werden die Mindestgrößen (Minim) der südlich gelegenen Baugrundstücke mit der Nr. 1-4 bei der Errichtung von Einzelhäusern mit 750 qm, bei der Errichtung von zulässigen Doppelhäusern mit 370 qm festgesetzt.
5. Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
- 5.1 Innerhalb der gemäß § 4 BauNVO festgesetzten „Allgemeinen Wohngebiete“ wird die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden mit 2 pro Wohngebäude festgesetzt.
6. Die Flächen für Gemeinschaftsanlagen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB
- 6.1 Die als Flächen für Gemeinschaftsanlagen festgesetzten „Müllstandplätze“ dienen der Aufnahme von Müllgefäßen an den Ablufttagen, Sie werden festgesetzt zu Gunsten der Grundstücke Nr. 1-4.
7. Anpflanz- und Erhaltungsgebote gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB
- 7.1 Die festgesetzten zu pflanzenden Einzelbäume, Sträucher (Strauchgruppen) und Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind dauernd zu erhalten und bei Abgang in gleicher Art nachzupflanzeln.
- 7.2 Die festgesetzten zu erhaltenden Einzelbäume und Flächen mit Bindung für Bepflanzungen sind dauernd zu erhalten und bei Abgang in gleicher Art nachzupflanzeln.
- 7.3 Für die Anlage von Knicks, Nachpflanzungen in Knicks und flächige Pflanzgebiete sind ortstypische und standortgerechte Bäume und Sträucher der Pflanzenreihe „Hasek- und Schlehenknicks“ zu verwenden.
- 7.4 Der Wall ist beidseitig mit heimischen und standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Als standortgerechte Laubgehölze gelten zum Beispiel: Spitzahorn, Bergahorn, Hanbuch, Haselnuß, Wildblumen, Europäische Lindenarten, Feldahorn, Schwarzerle, Schlehe, Fallobst, Hundrose, Bombenerarthen, Schwarzer Holunder.
- 7.5 Der öffentliche Kinderspielfläche ist durch Baum- und Strauchpflanzungen zu gliedern und einzubündeln.

Aufgestellt am : 19.11.2002
Geändert am : 04.12.2002
02.02.2003
12.02.2003
26.05.2003

Lübeck, den 19.01.2004

[Signature]
Planverfasser

ÜBERSICHTSPLAN



M 1 : 25000

Satzung der Stadt Reinbek über den Bebauungsplan Nr. 60 "Stübenkoppel" Teilbereich 2 (südlicher Bereich)

Mit folgender Begrenzung
im Osten:
die Carl-Herrmann-Strasse,
im Norden:
die Flurstücksgrenze Nr. 60,
im Süden:
Flurstück 210, 44/2, 281 der Flur 2, Gemeinde Schöningssied.

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 99 der Landesbauordnung (LBO) wird nach der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Reinbek vom 12.12.2002 ein Bebauungsplan Nr. 60, Teilbereich 2, für das oben genannte Gebiet, bestehend aus der Flurstückszahl (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

1. Der Auftragsbeschluss vom 26.03.1992 und die folgende Bürgerbefragung vom 07.07.1994 wurden für den Gesamtbereich des Bebauungsplanes Nr. 60 getroffen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12.12.2002 die Aufteilung in den Teilbereich 1 (südlicher Bereich) und in den Teilbereich 2 (südlicher Bereich) beschlossen.
2. Der Auftragsbeschluss vom 26.03.1992 und die folgende Bürgerbefragung vom 07.07.1994 wurden für den Gesamtbereich des Bebauungsplanes Nr. 60 getroffen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12.12.2002 die Aufteilung in den Teilbereich 1 (südlicher Bereich) und in den Teilbereich 2 (südlicher Bereich) beschlossen.
3. Die von der Planung beehrten Träger öffentlicher Belange wurden ernst mit Schreiben vom 14.02.2003 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
4. Der Bebauungsplan hat am 03.12.2002 den erneuten Entwurf der Flurstückszahlen mit Begründung beschlossen und zur Aufhebung bestimmt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplans, bestehend aus der Flurstückszahl (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 24.02.2003 bis zum 24.03.2003 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger sind durch öffentliche Versammlungen während der Aufzugsfrist von allen interessierten schriftlich oder zur Niederschrift gefordert worden. Am 14.02.2003 ist öffentlich bekanntgemacht.
- Reinbek, den 19.01.2004
- Bürgermeister

7. Die Stadtverordnetenversammlung hat die vorgeschlagenen Angaben sowie die Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange am 26.06.2003 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
8. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Flurstückszahl (Teil A) und dem Text (Teil B), beschlossen.
- Reinbek, den 19.01.2004
- Bürgermeister

9. Die Bebauungsplanung, bestehend aus der Flurstückszahl (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgestellt und ist bekanntzugeben.
- Reinbek, den 19.01.2004
- Bürgermeister

10. Der Bebauungsplan über die Bebauungspläne durch die Stadtverordnetenversammlung und die Stelle, bei der der Plan auf Dauer wirksam wird, ist durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.06.2003 beschlossen worden. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Flurstückszahlen in der Bebauungsplanung auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abgabe einschließlich der späteren Rechtsmittel (§ 215 BauGB) sowie der Folgen des Scheiterns der Aufzugsfrist (§ 44 BauGB) hinweisen werden und das Ersuchen dieser Art (§ 44 BauGB) hinweisen werden. Auf der Rechtswahrung des § 4 Abs. 3 BauGB wurde ebenfalls hingewiesen. Die Sitzung ist mit den Protokollen fortgesetzt.
- Reinbek, den 19.01.2004
- Bürgermeister

6. Der Katasteramt besteht aus dem Amt für Kataster und die geographische Informationssysteme (GIS) und die geographische Informationssysteme (GIS) werden in der Bebauungsplanung verwendet. Die Bebauungsplanung wird in der Bebauungsplanung verwendet. Die Bebauungsplanung wird in der Bebauungsplanung verwendet.

Lübeck, den 19.01.2004

Bürgermeister

Stadt Reinbek
Bebauungsplan Nr. 60 "Stübenkoppel"
Teilbereich 2 (südlicher Bereich)

Planungsbüro
Johannes
Reppacker, 136-2356 Lübeck
Tel.: 0451-878870 Fax: 0451-878872
e-Mail: adressen@johannes-reppacker.de

SATZUNG
4. Ausfertigung